Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr 18691 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang — **Dresden, Donnerstag den 2. Januar 1930** — **Nummer 1**

SÄCHSISCHE LANDESBIBLIOTHEK DRESDEN

Roter Betriebsratswahlsieg in der Kraftverkehrs-AG Freistaat Sachsen

Arbeiterantwort auf Scharfmacherprogramm der sächsischen Unternehmer / Reichswehrrüstungen zum Bürgerkrieg / Zwei Monsterprozesse gegen Arbeiter in Dresden und Leipzig / Ein Todesopfer der nationalsozialistischen Banditen in Berlin!

Das Resultat offener Selbstkritik

Ein bedeutungsvoller Erfolg der Gewerkschaftsopposition

Dresden, den 2. Januar 1930.

Bei den in den letzten Tagen stattgefundenen, durch Rücktritt des Gesamtbetriebs erzwungenen Neuwahlen der Betriebsräte bei der Kraftverkehrs-AG, Freistaat Sachsen, Werk Tharandter Straße, errang die Opposition einen bedeutungsvollen Sieg. Trotz größter Anstrengung der Reformisten gegen das einzige kommunistische Betriebsratsmitglied, um dessen Ausschaltung man den sieben Mann starken Betriebsrat zum Rücktritt veranlaßt hatte, ging die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegenüber der sozialdemokratischen mit überwältigender Mehrheit durch. Der neue Betriebsrat setzt sich zusammen

5 Mandate für die Gewerkschaftsopposition,
2 Mandate für die Reformisten.

Dieser Wahlerfolg, der den Rahmen des Betriebes bei weitem an Bedeutung überschreitet, hat eine besondere Vorgeschichte. Der Kampf in diesem Betrieb der Kraftverkehrs-AG. setzte bei der Vorbereitung des Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition ein, als dort die Belegschaft von sich aus, unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit, den einzigen oppositionellen Betriebsrat als Delegierten wählte. Die Gewerkschaftsbürokratie war darüber besonders entsetzt, da in diesem Betrieb bisher nur wenig oppositionelle Strömungen vorhanden schienen. Eine ganze Reihe Gewerkschaftsversammlungen der Betriebsbelegschaft fanden statt, in der die Reformisten mindestens durch 2, einmal sogar durch 4 Verbandsangestellte vertreten waren die die Arbeiter von ihrer Einstellung zum Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition abbringen wollten. Diese Versuche mißlangen jedoch, obgleich tatsächlich ein Teil der Belegschaft unsicher gemacht wurde, blieb die Mehrheit auf der Seite des einzigen oppositionellen Betriebsratsmitgliedes. Die Beschickung des Reichskongresses der Gewerkschaftsopposition wurde durchgesetzt. Nunmehr beantworteten die Reformisten die Haltung der Belegschaftsmehrheit mit einem frechen Manöver. Sie veranlaßten die Betriebsratsmitglieder mit Ausnahme des oppositionellen Kollegen zum Rücktritt, um bei einer Neuwahl den oppositionellen Kollegen vollkommen auszuschalten. Der Schlag wandte sich jedoch gegen die Reformisten. Diese benutzten, da in sachlicher Beziehung dem Kollegen der Gewerkschaftsopposition nicht das geringste in seiner Tätigkeit nachgesagt werden konnte, gemeine persönliche Verleumdungen und übelste Hetze als Kampfmittel gegen die oppositionellen Kollegen. Die Gewerkschaftsopposition kämpfte gegen diese Taktik mit klarer politischer Linie und unter richtiger Ausnutzung der Lehren und Beschlüsse des Reichskongresses der Gewerkschaftsopposition. Die Belegschaft die zu über 90 Prozent freigewerkschaftlich organisiert ist, fällte auch ihr Urteil nach den sachlichen Gesichtspunkten, die den Verrat der Reformisten objektiv feststellten und die Notwendigkeit der Vertretung der Arbeiterinteressen auf der Basis der Anschauungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition erkennen ließen.

Von der Selbstkritik zum ersten Erfolg

Dieser Wahlerfolg hat jedoch auch seine prinzipielle Bedeutung. Ist er doch einer der Resultate der bolschewistischen Selbstkritik der sächsischen Kommunisten nach ihrer Wahlschlappe vom 17. November. Damals stellten wir im Zusammenhang mit der Betrachtung der Fehler, Schwächen und Mängel der Tätigkeit der revolutionären Arbeiterpartei als nächste Aufgabe:

„Die Vorbereitung des Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition gibt der Partei tausendfache Möglichkeiten, die Schwächen an der Wahlfront durch Steigerung des Einflusses in den Hochburgen des Klassenkampfes, in den Betrieben, auszugleichen und zugleich die Basis zu schaffen für einen neuen Vormarsch der Kommunisten. Ohne die Bedeutung parlamentarischer Wahlkämpfe als Barometer für die Popularisierung der Parteipolitik zu unterschätzen, betonen wir gerade gegenüber unseren Gegnern: Unsere Partei wird durch schärferes Zusammenreihen unserer Kaders und durch ein gründliches Nachprüfen der schwachen Stellen unserer Front die Schlappe auszugleichen wissen auf dem Gebiet, das uns als Partei des revolutionären Klassenkampfes unendlich wichtiger ist als der Boden des Parlaments...

Die strenge, rücksichtslose Selbstkritik, die die Partei damals an ihrer Tätigkeit übte und die ihr organisatorisches Echo in der Reorganisation der sächsischen Bezirke fand hat ihre ersten Erfolge gezeigt. Das offene Aussprechen unserer Fehler, das energische Durchgreifen an unseren schwachen Stellen hat zwar die Meute der Feinde auf den Plan gerufen und das Gekläff der Presse vom Anzeiger bis zu der Volkszeitung steigerte sich angesichts unserer Selbstkritik, aber die Arbeiter haben gerade dadurch ein gutes Beispiel vom prinzipiellen Unterschied zwischen der Kommunistischen Partei und allen anderen Parteigebilden erkennen können. Ging schon die Erfassung von Arbeitermassen bei der Durchführung des Reichskongresses der Gewerkschaftsopposition weit über den Rahmen der bisherigen Anhänger der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsopposition hinaus, so ist dieser Betriebsratswahlsieg in der „Kraftverkehrs-AG. Freistaat Sachsen" ein ganz konkreter Beweis für die Richtigkeit unserer Selbstkritik. Dieser Wahlerfolg muß für alle revolutionären Gewerkschaftler, für alle ehrlichen Proletarier ein Anlaß sein, nunmehr mit aller Kraft an die

Vorbereitung des sächsischen Landeskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz

zu gehen, der gerade angesichts der ungeheuerlichen Unternehmeroffensive in Sachsen, der Korrumpierung der Staatsinstanzen, der Verschleuderung öffentlicher Gelder an Betrüger und Bankrotteure, der Auslieferung von Gemeindebetrieben an das Privatkapital durch Umwandlung der Kommunalbetriebe in Aktiengesellschaften und der durch die kapitalistische Nationalisierung hervorgerufenen Massenerwerbslosigkeit von größter Bedeutung sein wird. Wollen die sächsischen Arbeiter ihren Unterdrückern, ihren Peinigern, ihren Aussaugern, ihren kapitalistischen Klassenfeinden und ihren reformistischen und nationalfaschistischen Lakaien nicht widerstandslos weichen, wollen sie durch eine Gegenoffensive den Scharfmachern zeigen, was das Proletariat an Kraft besitzt, um sich seiner Haut zu wehren, dann müssen sie in den Betrieben, in der Werkstatt, auf den Stempelstellen, in den Büros sich zusammenfinden auf der Basis des Programms der revolutionären Gewerkschaftsopposition, das der Reichskongreß in Berlin aufgestellt und an dessen praktische Durchführung die sächsische Landeskonferenz gehen wird.

Bürgerkriegsrüstungen und pazifistische Sirenengesänge

Angesichts eines solchen deutlichen Symptoms für die Gärung in den Reihen der Arbeiterschaft ist es wertvoll genug, sich die Front des Gegners anzusehen und zu beobachten, wie schnell der Klassenfeind die Bewegungen innerhalb der Arbeiterschaft zu übersehen versucht. Nichts charakterisiert besser das Echo des sich zeigenden Kampfwillens bei der Arbeiterschaft als die offenen Bürgerkriegsmaßnahmen der herrschenden Klasse, die diese mit Hilfe der Koalitionsregierung durchführt. Die Kundgebungen der Staatsinstanzen anläßlich des Neujahrbeginns sagen dabei mehr als genug. Am deutlichsten wird die Reaktion des Gegners sichtbar in den Neujahrsbotschaften der Reichswehr, der Bürgerkriegswaffe des neudeutschen Imperialismus. Herr Groener, allen Arbeitern als der Mann bekannt, der streikende Proletarier als „Hundsfotte" bezeichnet und der jetzt treuer Bundesgenosse der Sozialfaschisten Müller, Severing und Robert Schmidt ist, erklärt in seiner Kundgebung:

„Schwere Entscheidungen im Innern und nach außen stehen dem deutschen Volk bevor ... Je wirrer die Zeiten, um so fester die Wehr."

Dieser etwas verschämten Andeutung folgen die offeneren Erklärungen der Untergebenen der bürgerlich-sozialdemokratischen Reichsregierung und deren Erklärungen sind sehr eindeutig, eindeutig und aufrüttelnd für die Arbeiterklasse, eine Neujahrsmahnung an die Arbeiter zur Herstellung einer entschlossenen Kampffront. In Stettin erklärte der Kommandeur des dort stationierten Reichswehrtruppenteils in einer Ansprache:

„In Deutschland gehen wir schweren Zeiten entgegen. Wir stehen vor dem Staatsbankrott. Der Reichswehr erwachsen große Aufgaben. Durch die Not, die die Auswirkung des Youngplanes mit sich bringt, werden die Unruhen im nächsten Jahre zunehmen. Ich hoffe, daß dann die Offiziere treu zur Fahne stehen."

Und Herr Albert Grzesinski, preußischer faschistischer Polizeiminister, tritt gleichzeitig als gehorsamer Lakai und als Agent des Bürgertums innerhalb der von seiner Partei beeinflußten Arbeiterschichten auf. Während die der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung unterstellten Offiziere bereits offen zur blutigen Unterdrückung der Arbeiterkämpfe rufen, tritt ausgerechnet dieser Polizeisozialist in der sozialdemokratischen Presse für den „Kampf nur mit geistigen Waffen und nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren" auf. Er will die Arbeiter in den Kasernen, wiederum einlullen, wieder kampfunfähig dem offen zum Bürgerkrieg rüstenden Klassenfeind ausliefern. Er, der mit voller Verantwortlich ist für das Maiblutbad an friedlich demonstrierenden Arbeitern in Berlin, ausgerechnet dieser Sozialfaschist wagt es, die Lüge vom „Frieden auf Erden" von der scheinheiligen Weihnachtsnacht hinüberzuschleifen ins neue Jahr. Nein und abermals nein! Die deutschen Arbeiter haben genug von der Lüge vom „Wirtschaftsfrieden" und der „Wirtschaftsdemokratie", die vom Kapital ausgehaltene reformistische Bonzen in ihre Reihen vergiftend getragen haben. Sie [illegible] sich, sie bäumen sich auf, sie konzentrieren wieder [illegible]. Nach langem Irren finden sie wieder ein neues Kampfzentrum, eine neue Basis, auf der sie ihren Kampf [illegible] können. Das Beispiel des Vormarsches der revolutionären Gewerkschaftsopposition zeigt, daß die Arbeiterschaft [illegible] altes Selbstvertrauen zurückgewinnt.

Das neue Kampfzentrum der Arbeiterschaft

Mit diesem revolutionären, klassenbewußten [illegible] ausgerüstet marschieren wir ins neue Jahr. [illegible] nehmer, ihr Staat, ihre faschistischen und reformistischen [illegible] zum offenen Krieg gegen die Arbeiter rüsten, [illegible] Sirenengesänge anstimmen, sie werden die [illegible] verwirren können. Ein Dienstag, [illegible] Untergangs ist der Erfolg der Todfeinde [illegible] Systems, der marxistischen, revolutionären Gewerkschaftsopposition! Sie wird es sein, die unter Führung der Kommunistischen Partei trotz Unternehmerdiktatur, trotz Republikterrorgesetz, trotz Zollhungerpeitsche und Steuerwucher, durch Formierung der revolutionären Bataillone der Arbeiterschaft zum revolutionären Klassenkampf das Jahr 1930 zu einem Jahr der Wendung, zu einem Jahr des Vormarsches der Arbeiterfront in Deutschland gestalten!

B. G.

Zwei Monsterprozesse gegen revolutionäre Arbeiter

46 Arbeiter in Dresden, 27 in Leipzig, sollen vor die Schranken der Klassenjustiz

Dresden, den 2. Januar 1930.

Am 6. Januar findet der Prozeß gegen 46 Dresdner Arbeiter vor dem Gemeinsamen Schöffengericht statt. Die Arbeiter hatten am 27. Oktober an der Demonstration gegen das RFB-Verbot teilgenommen. Bei dieser Demonstration beteiligten sich über 500 Arbeiter, die in der Bundeskleidung des von Severing verbotenen Roten Frontkämpfer-Bundes aufmarschierten. Wie wir seinerzeit berichteten, wurden die Demonstranten am Dippoldiswaldaer Platz durch die Gummiknüppel von Kühns Garden darüber belehrt, daß die Demonstrationen in der Hindenburg-Müller-Republik nur Arbeitermördern und Konterrevolutionären erlaubt ist, aber nicht dem revolutionären Proletariat, ja, die Massenverhaftungen und der jetzige Monsterprozeß sollen im übrigen beweisen, daß die Bourgeoisie nicht einmal die Wahl der Kleidung, der Abzeichen und Embleme, die die Arbeiter tragen, mehr gestattet. Es wird einfach behauptet, „wer die Kleidung des aufgelösten RFB trägt, ist straffällig". So wird auch dieser Prozeß am 6. Januar ein Signal für die unterdrückten und entrechteten Massen sein, daß die Aufgabe der Stunde ist: alle Kräfte zu sammeln, um diesem schändlichen, reaktionären System ein Ende zu bereiten.

*

Leipzig, 30. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Am 27. Oktober fand bekanntlich in Leipzig ein großes Treffen des verbotenen Roten Frontkämpferbundes statt, an dem zehntausende Kameraden des nicht zu verbietenden Roten Frontkämpferbundes teilnahmen. Die sozialdemokratische Polizei ging damals mit unerhörter Brutalität gegen die Demonstranten vor und es kam verschiedentlich zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Arbeitern, die sich zur Wehr setzten. Nunmehr ist von der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Leipzig gegen 27 Arbeiter Anklage wegen Zusammenrottung und wegen angeblicher Zugehörigkeit zum Roten Frontkämpferbund erhoben worden. Unter den Angeklagten befinden sich Arbeiter aus Berlin, Magdeburg, Leipzig und vielen anderen mitteldeutschen Städten, die am 27. Oktober verhaftet wurden. Gegen den größten Teil der nun zur Zeit wieder auf

SLUB
Wir führen Wissen.